

Einschränkungen des Rechts auf Boykott vom Obersten Gericht Großbritanniens verworfen

Asa Winstanley, 22.06.17



AktivistInnen vor dem Gerichtsgebäude, mit Bannern auf denen unter anderem „Verteidigt das Recht zu boykottieren“ steht.

Das Oberste Gericht in London urteilte am Donnerstag, dass die konservative Regierung ungesetzlich gehandelt hatte, als sie versuchte Gemeinderäte in Großbritannien daran zu hindern ihr Kapital aus Firmen, die in Israels Militärbesatzung involviert sind, abzuziehen.

Die erfolgreiche gerichtliche Anfechtung für das Recht auf Boykott, wurde im März von der *Palestine Solidarity Campaign* initiiert und von der Kampagne *War on Want* und den Quäkern unterstützt, die sich gegen Rüstungshandel engagieren.

„Wir könnten nicht glücklicher sein darüber, dass das Recht aufrecht erhalten wurde“, sagte der Direktor von PSC, Ben Jamal.

Umfragen innerhalb Großbritanniens hatten in letzter Zeit gezeigt, dass zwei von fünf Befragten das Recht auf BDS – Boykott, Deinvestition und Sanktionen, für eine angemessene palästinensische Antwort auf Israels Verbrechen halten.

„Heute ist ein Sieg für Palästina, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,“ sagte der Vorsitzende von PSC Hugh Lanning, „jedeR hat das Recht auf friedlichen Protest gegen Israels Verletzung der Menschenrechte.“

In einer gerichtlichen Stellungnahme die am Donnerstag veröffentlicht wurde, kippte Richter Ross Cranston einen Teil der Anleitung, die im September vom Minister für Kommunalverwaltung Sajid Javid herausgegeben worden war.

Das Gericht entschied, dass die Regierung unzulässig handelte, als sie das Pensionsgesetz dazu benutzte ihre eigene Außenpolitik und Politik bezüglich der Waffenindustrie zu verfolgen.

Freiheit zu protestieren

Jamie Potter, einer der Anwälte von PSC sagte „Dieses Ergebnis ist eine Erinnerung an die Regierung, dass sie sich nicht unzulässig in die Ausübung von Gewissensfreiheit und Protest einmischen kann um ihre eigene Agenda zu verfolgen“.

Die ministerielle Leitlinie hatte festgesetzt, dass lokale Verwaltungen die Pensionspolitik nicht dafür benutzen dürfen um Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegenüber ausländischen Staaten und der Verteidigungsindustrie Großbritanniens zu verfolgen... im Gegensatz zu formalen legalen Sanktionen, Embargos oder Einschränkungen, die von der Regierung verabschiedet wurden.

Obwohl das Dokument Israel nicht speziell erwähnte, war diese Leitlinie das Ergebnis einer Reihe von Maßnahmen die während einer Pressekonferenz in Jerusalem verabschiedet worden war, die explizit auf BDS-Aktionen abzielten. (electronicintifada.net/blogs/asa-winstanley/uk-threatens-fine-town-halls-boycott-israel)

Wenngleich die Regierung es den Medien gegenüber „BDS-Bann“ nannte, zeigte eine juristische Analyse des neuen Dokuments dass, es nichts Neues darin gab „außer einer etwas aufgeblasenen Rhetorik die klar darauf abzielte Aktivisten einzuschüchtern“.

Regierungsbehörden in Großbritannien wurden schon seit Jahren von Palästina-Solidaritätsaktivisten gedrängt ihre Investitionen aus Firmen zurückzuziehen, die in die israelische Besatzung des Westjordanlands und des Gazastreifens verwickelt sind.

Der multinationale Konzern Veolia zog sich aus den meisten seiner Geschäfte in Israel im Jahr 2015 zurück, nachdem er Ziel einer jahrelangen BDS-Kampagne war.

Nach Informationen des Nationalen BDS-Komitees hatten Kommunen weltweit dem Konzern Verträge im Wert von mehr als 14 Milliarden US\$ verweigert.

Als Ergebnis der BDS-Kampagnen verlor Veolia Verträge öffentlicher Verwaltungen in London, Sheffield, Edingburgh, Canterbury, East Sussex und Winchester.

Unter anderen haben Gemeinden in Tower Hamlets, Leicester, Swansea und Bristol Entschließungen für die Unterstützung von BDS, oder in Ablehnung von Unternehmen die in die nach internationalem Recht illegalen israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland verstrickt sind, verabschiedet.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako, palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

electronicintifada.net/blogs/asa-winstanley/israel-boycott-restrictions-thrown-out-uks-high-court

Das ausführliche 16-seitige Urteil steht im englischen Original auf electronicintifada.net am Ende des Artikels zur Verfügung.